



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/210 - 12.9.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 038 880

| | |
|---|------|
| Vergebliches Liebeswerben | S. 1 |
| Die Reaktion auf das Würzburger Fallschirm- jägertreffen | S. 3 |
| Umstrittene Lehrerbildung in Baden-Württemberg | S. 5 |
| Zur Oberbürgermeisterwahl von Mannheim | S. 7 |

Die Sowjetzone lässt sich nicht "einverleiben"

K.J. Der aus Moskau nach Pankow heimgekehrte Walter Ulbricht hat sich aus Anlass des zehnten Jahrestages der Bodenreform in der Sowjetzone auf zwei vollen Seiten des "Neuen Deutschland" erstmalig wieder hören lassen. Was er zu sagen hat, ist nicht neu: er rühmt die Reformen der "DDR" und fordert, dass sie auch in der Bundesrepublik durchgeführt werden. Dabei wendet er sich beschwörend an die Adresse der Sozialdemokratie, die "Errungenschaften" möglichst original nach Westdeutschland exportieren zu helfen.

Einige Tageszeitungen haben inzwischen herausgefunden, dass die Ulbrichtschen Wünsche bei der SPD auf Gegenliebe stoßen. Diesen eilfertigen Schluss zieht man aus der Einstellung namhafter SPD-Politiker, die sich die Freiheit nehmen, mit der restaurativen Innenpolitik der Adenauer-Regierung nicht einverstanden zu sein und auf das Problem der unterschiedlichen gesellschaftlichen Struktur der beiden Teile Deutschlands aufmerksam machen. Dem Experten für Wiedervereinigungsfragen, Herbert Wehner, widmet man unfreundliche Artikel, da er kürzlich erklärt hat, verschiedene Einrichtungen der Sowjetzone sollten, sofern sie grundsätzlich gesellschaftspolitische Fortschritte darstellten, beibehalten und weiterentwickelt werden.

Nun darf man getrost feststellen: wenn es in der Bundesrepublik eine Partei gibt, die sich entschieden von der kommunistischen Gewaltpolitik distanziert und unverrückbar auf dem Boden der parlamentarischen Demo-

kratie steht, so ist das die SPD. Sie wird niemals - und das ist tausendfach bewiesen - in ihrem Bemühen um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt den doktrinären Bolschewismus zum Bundesgenossen erwählen. Nur Ignoranz oder Böswilligkeit kann das unterstellen. Soll aber die SPD, um ihre Gegnerschaft zu der Tyrannei hinter dem Eisernen Vorhang zu bekunden, auf ihr eigenes Programm sozialpolitischer Reformen verzichten?

Wenn in der Sowjetzone die Änderungen der Gesellschaftsstruktur nicht zu einem "leuchtenden Beispiel für die westliche Welt" geworden sind, wie das die SED-Machthaber gern wahrhaben möchten, so ist das für die demokratischen Sozialisten jedenfalls kein Grund, ihre Anstrengungen um Reformen in Industrie und Landwirtschaft, in der Sozialpolitik und im Bildungswesen aufzugeben. Wer heute noch glaubt, einfach alles, was seit 1945 in der Sowjetzone anders geworden ist, mit demokratischen Wahlen auslöschen zu können, irrt in gefährlicher Weise. Der "freie" Bauer, so sehr er auch unter dem Regime seufzt, wird ebensowenig wie der Kolchosarbeiter beglückt von der Aussicht sein, dass die alten Grossgrundbesitzer wiederkehren könnten. Die ausgebeuteten Arbeiter in den VEB's werden trotz all ihrem gegenwärtigen Kummer nicht etwa leichtherzig der Reprivatisierung zustimmen. Und schon gar nicht wird sich die Jugend auf konfessionell getrennte Schulbänke setzen wollen, und den Unterricht und die Lehrbücher selber bezahlen.

So sehr die Menschen in Mitteldeutschland auch unter dem Druck des autoritären Regimes leiden - die ersehnte Freiheit in einem demokratischen Deutschland identifizieren sie nicht mit der Restaurierung urkapitalistischer Zustände. Eine "schwarze Reaktion" auf die Vergewaltigung des vergangenen Jahrzehnts wird es nicht geben.

Das Liebeswerben Ulbrichts um die Sozialdemokratie ist ein hoffnungsloses Unterfangen. Die Reformen der Pankower Befehlsempfänger "leuchten" nicht in ihrer Praktizierung und es gäbe nichts Schlimmeres, als sie bis zum Rhein ausgedehnt zu sehen. Sie sind aber andererseits eine Realität, mit der man bei der Wiedervereinigung zu rechnen hat. Es geht darum, aus den Gegebenheiten zum geeigneten Zeitpunkt das Beste zu machen und das im Grundsatz Fortschrittliche weiterzuentwickeln. Über das Wie sollten wir uns freilich mehr Gedanken machen als bisher. Die Verhältnisse in der Bundesrepublik sind so glänzend nicht, dass sich die Mitteldeutschen vorbehaltlos "einverleiben" liessen. Das möchten die Schwarz-Weiss-Maler beachten - und jene wenig selbstbewussten Demokraten, die sich aus Ängstlichkeit nicht "zwischen sämtliche Stühle" setzen wollen.

"Was geht eigentlich in Deutschland vor?"

b.v.-Paris

In den USA hat Guy Mollet, sozialistischer Deputierter der Pariser Nationalversammlung und Präsident der Ratsversammlung des Europarates, eine Rede gehalten, die in seiner Heimat Aufsehen erregte. In dieser Rede nämlich, in der Mollet für die Einheit Europas warb, hatte er unter anderem erklärt: "Das deutsche Problem ist mehr denn je der Kern unserer Schwierigkeiten und das deutsche Schicksal schliesst das Schicksal Europas ein." Aus den Worten Mollets habe, so erklären Berichte, höchste Sorge, ja Beunruhigung geklungen.

Wenn diese Beunruhigung einer persönlichen Stimmung des Abgeordneten Mollet entspränge, wäre die Sache nicht schlimm. Dann aber hätte man vermutlich in Paris seinen Worten keine überwältigende Bedeutung beigemessen, und zwar nicht nur im französischen Paris, sondern auch im "internationalen". Das internationale Paris: das sind jene politischen Zentren, die, neben den eigentlichen französischen Ministerien, Politik auf internationaler Basis betreiben, sei es im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen, sei es im Rahmen der Atlantikpakt-Organisation (NATO). Und es waren zwei bei der NATO akkreditierte Diplomaten, die in der vorigen Woche im Gespräch mit einem ihrer französischen Kollegen die besorgte Frage aufwarfen: Was geht eigentlich in Deutschland vor?

Was sie veranlasste, diese Frage zu diskutieren, war ein simpler Bericht über ein Fallschirmjäger-Treffen in Würzburg. Dort wurden die Herren Ramcke und Kesselring in überschwänglichster Weise gefeiert, es wurde das Horst-Wassel-Lied gesungen, es wurden Reden geschwungen, in denen zwar noch nicht Hitler, wohl aber - vielleicht als Vorspiel? - Mussolini gepriesen ward als schrieben wir 1943.

Nun wäre das alles halb so schlimm, wenn es sich bei diesem Würzburger Vorgang um etwas Einmaliges, Erstmaliges gehandelt hätte. Aber jedermann weisse, dass was in Würzburg geschah, nur ein Glied in der wachsenden Kette von ähnlichen Vorfällen ist, die das Vertrauen in die Ehrlichkeit und Festigkeit deutscher Politik erschüttern. Niemand fragt danach, ob das, was auf diesen Treffen geschah und geschieht, von der

Mehrheit oder auch nur einer ansehnlichen Minderheit des Volkes gutgeheissen wird. Wonach man fragt, ist ganz einfach, wie es möglich ist, dass dergleichen sich ereignen kann und darf. Wer dafür verantwortlich ist, weiss der Volksmund sofort und ohne zu zögern: "Die Deutschen!"

Und tatsächlich, wenn "die Deutschen" es zulassen, immer wieder zulassen, ohne laut und vernehmlich bei denen zu protestieren, die für die deutsche Politik verantwortlich zeichnen, so werden sie, wie einst im Dutzendjährigen Reich, wieder einmal als Kollektiv betrachtet und behandelt werden. In Wirklichkeit aber sind nicht die Fallschirmjäger oder der Stahlhelm oder wer immer ein solches Treffen gerade veranstaltet verantwortlich, und erst recht sind nicht "die Deutschen" haftbar zu machen, sondern eben diejenigen, die die Macht hätten, dergleichen zu verhindern, ohne von ihr Gebrauch zu machen.

Wenn Guy Mollet sagte, das deutsche Schicksal schliesse das Schicksal Europas ein, so meinte er, es müsse eine europäische Organisation geschaffen werden, der Deutschland angehört, damit es ebenso wie jedes andere Mitglied von allen kontrolliert werden könne. Einst war das die Hoffnung der Befürworter der EVG. Sie übersahen, dass die EVG nicht so sehr eine europäische wie vielmehr eine militärische Organisation sein sollte, in der, um mit den Worten eines Parteifreundes Mollets, jedoch eines Gegners der EVG, zu sprechen "in kürzester Frist die deutschen Militärs die erste Geige spielen würden." Den Befürwortern der EVG wie den Gegnern war nicht sehr wohl, als schliesslich, um nur ja eine bundesdeutsche Armee entstehen zu lassen, statt der EVG die Pariser Verträge kunstvoll zurechtgedreht wurden. Wurde ihnen nicht als Beruhigungspille die Versicherung gegeben, die Westeuropa-Union und vor allem die NATO stellten ausreichende Kontrollorgane dar?

Haben die Leute nun Unrecht, wenn sie fragen, was eigentlich in Deutschland vorgeht? Ja, sie haben Unrecht. Denn sie sind nicht blind. Haben sie nicht schon seit langem sich über die Anwesenheit so zahlreicher Prominenter aus dem Dritten Reich in deutschen Ämtern entweder gewundert oder geärgert oder lustig gemacht? Haben sie nicht die Berichte über das Stahlhelm-Treffen und über etliche kleinere Treffen und jetzt über das Würzburger in ihren Zeitungen gelesen? Natürlich sind sie weder blind, noch taub. Und die Frage war selbstverständlich eine Scheinfrage, auf die man keine Antwort erwartet. Weil der Gefragte die Antwort ebenso weiss wie der Frager.

Ministerialgesetzentwurf sollte Konfessionalisierung
bringen

R.D. Stuttgart

Zwischen dem badisch-württembergischen Kultusministerium und den Volksschullehrern des Landes ist in den letzten Wochen ein harter Kampf um die Lehrerausbildung ausgefochten worden, der jetzt den Eingriff der Regierung nötig gemacht hat. Zur Zeit bestehen in Baden-Württemberg pädagogische Akademien mit konfessioneller Schwerpunktbildung. Die Lehrkräfte werden vom Kultusministerium berufen und versetzt, die Ausbildung ist viersemestrig, wobei die erste Dienstprüfung im vierten Semester liegt und den Studiengang damit um zwei Monate verkürzt. Die Volksschullehrer kritisierten diese rückständige Lehrerbildung und forderten in einer Denkschrift unter dem Leitwort: "Auch der Volksschüler hat Anspruch auf den bestausgebildeten Lehrer" eine sechssemestrigere Hochschulausbildung, wie sie in fast allen deutschen Bundesländern entweder eingeführt ist oder erstrebt wird. Diese pädagogischen Hochschulen sollen Senatsverfassung haben, um die Freiheit der Forschung und Lehre zu sichern.

Lehrerschaft übergangen

Das Kultusministerium hatte demgegenüber in der Stille einen Entwurf ausgearbeitet, der von diesen Wünschen der Lehrerschaft rein gar nichts enthielt. Mit zwei Unterschieden blieb alles beim alten. Einmal wurde das Titularium geändert und anstelle der "Institute" pädagogische "Akademien" eingesetzt, zum anderen wurde der Versuch der Konfessionalisierung gemacht. Die Lehrerschaft erfuhr von diesem Gesetzentwurf und rührte in der heissen Ferienzeit fleissig die Trommel. Sie hielt ihr Erstaunen darüber, dass der evangelische Kultusminister den Wünschen der katholischen Kirche so bereitwillig entgegenkomme, nicht zurück und teilte mit, dass die evangelische Landeskirche in Württemberg die Konfessionalisierung nicht wolle. Ausserdem versties der Entwurf gegen die Landesverfassung, die nur vorschreibt, dass "für die Ausbildung der Volksschullehrer Stätten mit simultanen und konfessionellen Charakter errichtet werden. Der Entwurf des Kultusministeriums hatte die Einfügung des Wörtchens "Charakter" "vergessen"!

Gegenwärtig verfügt jedes pädagogische Institut in Baden-Württemberg über eine Minderheit von Dozenten und Studenten des anderen Bekenntnisses oder aber die Bekenntnisse halten sich etwa die Waage. Dass die Studenten der pädagogischen Institute eine Konfessionalisierung gar nicht wollen, zeigte sich bei einer Abstimmung der Studierenden des PI in Schwäbisch Gmünd. 71 % entschieden sich für die simultane, nur 26 % für die konfessionelle Ausbildung. Da Schwäbisch Gmünd überwiegend mit katholischen Studenten besetzt ist, ergab sich der Beweis, dass in der geheimen Abstimmung über die Hälfte von ihnen für die simultane Lehrerbildung eingetreten war. Das Kultusministerium schob daraufhin künftigen Abstimmungen an anderen Instituten ein Riegelchen vor.

Im Widerstreit der Gutachten

Die Konfessionalisierungsbestrebungen konnten von der Lehrerschaft nicht hingenommen werden, der rückständige Entwurf ebensowenig. So entbrannte der Kampf, in den von beiden Seiten pädagogische Wissenschaftler hineingezogen wurden. Kultusministerium wie Lehrerverbände sammelten

Gutachten. Als der Hamburger Senator Prof. Wenke den Ministerialentwurf pries, sprang sofort der Heidelberger Universitätslehrer Prof. Caselmann in die Bresche und bezeichnete die Ausführungen Wenkes "nicht als pädagogische Auslassungen, sondern als eine kollegiale Hilfeleistung, die der Hamburger Kultusminister seinem badisch-württembergischen Kollegen und Parteifreund angedeihen lässt." Das Urteil wurde in eingeweihten Kreisen mit Schmunzeln quittiert. Nur die CDU ärgerte sich.

Von evangelischer Seite schaltete sich der theologische Prof. Kittel, Osnabrück, in die Diskussion ein und forderte eine echte Hochschulausbildung für den Volksschullehrer, weil Freiheit der Forschung und Lehre nur dort verwirklicht werden könne. Von besonderer Bedeutung war dabei, dass der evangelische Theologe Kittel die zwingende Vorschrift der badisch-württembergischen Verfassung, die immerhin die konfessionelle Schwerpunktbildung vorschreibt, durch eine Hochschulausbildung nicht für verletzt hält. Gutachten anderer Hochschullehrer verlangten, den konfessionellen Zopf überhaupt abzuschneiden. Sie stellten fest, dass der Entwurf des badisch-württembergischen Kultusministers "aus dem Geiste der gängelnden fiskalischen Bürokratie" geschaffen worden sei, der keinen Geist der Freiheit atme und deshalb "rundweg abgelehnt" werden müsse.

Gegen den Entwurf sprachen sich aus: Die "Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände" Baden-Württemberg, die von 18 700 Volks- und Mittelschullehrern 14 000 organisiert haben, die "Dozenten der pädagogischen Institute Baden-Württemberg" und gegen den Entwurf stehen auch die "Tutzingen Empfehlungen der evangelischen Akademien."

Für den Entwurf treten scheinbar nur noch der protestantische Kultusminister und die katholische Geistlichkeit ein, die eine Konfessionalisierung der Lehrerausbildung erstrebt und deshalb die in Lehre und Forschung freie Hochschule ablehnen muss. Die Landesregierung fand, als sie aus dem Urlaub zurückkam, eine Misstimmung der Lehrerschaft des Landes vor, wie sie - selbst bei Gehaltsforderungen - noch nie vorhanden war.

Der Vorstand der "Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände" geht in seinem Kampf um die Freiheit taktisch sehr geschickt vor, weil er jedem, der es wissen will, versichert, dass es den Volksschullehrern nicht um eine Gehaltserhöhung gehe. Die Besoldungsaufbesserung des letzten Jahres habe zufriedengestellt. Diese unerwartete Kühnheit eines gewerkschaftlichen Beamtenvertreters - der wackere Mann heisst Pöndl - hat Erfolg gehabt. Die Hinten-Herum-Andeutungen des Kultusministers, dass die Lehrer bei sechsemestriger Hochschulausbildung doch sofort Gehaltserhöhung haben wollten, sind im Winde verweht.

Vorerst abgeschlagen

Die Landesregierung, die in sechs Monaten Wahlen abhält, hat das heisse Eisen der "Lehrerbildung" sofort in die Schublade getan. Eine Kommission, heisst es in einem Kommuniqué, soll über "grundsätzliche Fragen der Lehrerbildung" zuerst ein Gutachten abgeben, ehe weiter beraten wird. Damit ist die versuchte Konfessionalisierung der Lehrerbildung in Baden-Württemberg vorerst abgeschlagen. Wann aber wird ein besserer Entwurf kommen? Der Ausgang der Wahlen im Frühjahr 1956 wird ihn maßgeblich mitbestimmen. Dabei sind die Fronten klar, weil sich für diesen Konfessionalisierungsentwurf nur die CDU eingesetzt hat. Die Fronten im Kabinett, dürfte zu schliessen sein, sind ähnlich gewesen.

+ + +

Ein trauriger Triumph

sp. Die 280 000 Einwohner zählende Rhein-Neckar-Metropole Mannheim hatte am Sonntag nach dem Ablauf der Amtsperiode des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Heimerich ein neues Stadtoberhaupt zu wählen. Namen und Vergangenheit der revalidierenden Kandidaten gaben dieser Wahl ihr besonderes Gepräge. Ihr Ausgang verdient allgemeine Beachtung. Die Wählergemeinschaft unterstützte den bekannten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker und Bundestagsabgeordneten Werner Jakobi, der aus CDU, FDP, DP und dem Bund der Heimatvertriebenen bestehende Bürgerblock, den "parteilosen" Dr. Reschke. Er ging, wenn auch mit der knappen Mehrheit von 6 000 Stimmen, als Sieger hervor. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch unterlag der Verfolgte dem Verfolger - ein nachträglicher Triumph, der den hohen Grad der restaurativen Entwicklung anzeigt, die die Bundesrepublik genommen hat.

Werner Jakobi bedarf keiner Vorstellung. Seine gründliche Erfahrung auf kommunalpolitischem Gebiet machen ihn zu einem der hervorragendsten Kommunalpolitiker im Nachkriegsdeutschland. Seine besondere Fürsorge gilt der Stärkung der Gemeinden als dritte Säule im Staate, der Abwehr aller Anschläge auf den sozialen Wohnungsbau. Aber Jakobi ist mehr als ein Experte seines Fachs. Er ist Sozialist und Humanist aus innerster Überzeugung, und da er dies von frühester Jugend an ist, galt ihm der besondere Hass des Dritten Reiches. Von 1937 bis zum Kriegsende sperrten ihn die damaligen Verderber des deutschen Volkes ins Konzentrationslager. Körperlich geschwächt, geistig und seelisch ungebrochen, stürzte sich Jakobi nach 1945 in die Aufbauarbeit. Ein ehrwürdiger Repräsentant des geistigen Deutschland, der hochbetagte Frank Thiess, urteilt über diesen Mann:

"... und wenn mir etwas zuerst an diesem Manne auffiel, war es die hohe allseitige Bildung und durchdringende Klarheit seines Urteils, die jede Unterhaltung mit ihm zugleich ins Wesentliche erhob. Von allem, was er in den KZ-Lagern des Hitler-Terrors durchgemacht hatte, schwieg er. Erst nach Jahren erzählte er mir eines nachts den Roman seines Martyriums. Er war ohne eine Spur von Ressentiments aus diesem Inferno hervorgegangen."

Und wer ist Dr. Reschke? Das jetzige Stadtoberhaupt Mannheims bekleidete im Dritten Reich hohe Funktionen, so als Landrat, als Mitglied

12.9.1955

eines Ausschusses der Parteikanzlei der NSDAP in München, der sich mit Verwaltungsreformen zu beschäftigen hatte, ferner war er Mitglied des Sicherheitsdienstes, jener fluchbeladenen Organisation, deren Wirken den Tod von vielen Tausenden zur Folge hatte, Dr. Reschke hatte die Aufgabe, die unteren Verwaltungsinstanzen während des Dritten Reiches in nationalsozialistischem Geiste zu durchdringen, eine Aufgabe, zu der schon das besondere Vertrauen der obersten NSDAP-Führung - in diesem Fall des Reichsleiters Bormann - gehörte. Der strebsame Karrierist fand auch nach dem Kriege bald wieder Anschluss, zwar nicht an eine Partei, wohl aber bei mächtigen Wirtschaftsverbänden, zuletzt bei der Mannheimer Industrie- und Handelskammer.

Sollte die Aufstellung dieses Mannes mit dieser Vergangenheit ein Protest sein, ein Protest gegen das demokratische Deutschland? Die volle Vergangenheit Reschkes war zwar zu Beginn des Wahlkampfes nicht allen bekannt, aber als sie während der Kampagne bekannt wurde, hätte es politischer Takt und die Rücksicht auf das immer noch wache Misstrauen des Auslands geboten, von der Unterstützung dieses Mannes Abstand zu nehmen. Das Wort und die Empfehlung eines Dichters und guten Deutschen vom geistigen Range eines Frank Thiess blieb^{en} jedoch ohne tiefe Wirkung. Und das gibt dieser Oberbürgermeisterwahl eine über Mannheim weit hinausreichende Bedeutung. Mit Dr. Reschke entschied sich eine kleine Mehrheit unter dem Einfluss einer sorgfältig geleiteten und subtilen Propaganda für einen Mann von gestern; deutlicher konnte der Fortschritt der Restauration und die Anfälligkeit bedeutender Schichten des Bürgertums für antidemokratische Strömungen nicht bekundet werden.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler